

Pressemitteilung

07.01.2021

Kreistagsfraktion BVR/FW fordert konsequente Regelungen für Kitas und Schulen von Landesregierung

„Entweder sind die Kitas und Schulen konsequent zu schließen oder sie sind konsequent und dann für alle Kinder und Schüler zu öffnen. Es den Eltern in der gegenwärtigen Corona-Situation zu überlassen, ob sie ihre Kinder zur Kita oder zur Schule bringen, weil sie sie nicht zu Hause betreuen können, führt für alle Beteiligten zu erheblichen Problemen. Da es keine klare Regelung der Landesregierung gibt, hat niemand mehr Planungssicherheit, was letztlich auch Dienstleister wie Essensanbieter betrifft“, verdeutlicht Mathias Löttge, Fraktionsvorsitzender der Kreistagsfraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler. Weshalb die Kreistagsfraktion BVR/FW von der Landesregierung fordert, dass sie sofort von ihren unvernünftigen Corona-Entscheidungen für Kita und Schule abrückt und endlich eine konsequente Regelung erlässt, nach der die Kitas und Schulen komplett geschlossen oder vollständig geöffnet sind.

Die Landesregierung hat beschlossen, dass die Schulen geöffnet sind, jedoch die Präsenzpflcht für alle Jahrgangsklassen der allgemein bildenden Schulen aufgehoben bleibt. Für die Schüler der Klassenstufen 1 bis 6 gibt es aber eine Art Präsenzunterricht, wenn die Eltern aus beruflichen Gründen ihre Kinder nicht zu Hause betreuen können. Ab 11. Januar 2021 gibt es dann zudem einen Präsenzunterricht für die Abschlussklassen zur Vorbereitung auf die Prüfungen. Für alle anderen Klassenstufen wird Distanzunterricht erteilt. Für die Kitas gilt, dass die Kinder nur gebracht werden dürfen, wenn für sie ebenso wie für die Grund- und Orientierungsstufenschüler eine Betreuung zu Hause nicht möglich ist.

„Bei dieser halbherzigen Regelung der Landesregierung zu Lasten von Kindern, Schülern, Eltern, Trägern und letztlich auch von Dienstleistern als Vierte und Fünfte in der Kette sind die Probleme doch schon vorprogrammiert. Es führt unweigerlich zum Streit, weil beispielsweise kein Kita- und Schulträger sagen kann, wie viele Kinder heute und morgen da sein werden und wie viele Essen dann gebraucht werden. Die Essensanbieter wiederum können von den paar Portionen nicht mal ihre Unkosten decken und bekommen, weil sie ja arbeiten können, keine Corona-Hilfen vom Staat“, schildert Mathias Löttge die unselige Situation. Die Landesregierung schiebt einmal mehr den schwarzen Peter an die Träger der Einrichtungen weiter.

Hinzu kommt, dass die Eltern wie schon nach den Herbstferien zusätzlich gezwungen sind, Formulare zur Gesundheitsbestätigung für ihre Kinder auszufüllen, wenn sie sie ab dem 11. Januar in die Schule schicken. Ohne eine solche unterschriebene Gesundheitsbestätigung darf kein Schüler die Schule betreten. Für die Kita-Kinder und für die Schüler bis Klasse 6 müssen die Eltern zudem Selbsterklärungen mit Angabe des Grundes für die unumgängliche Betreuung ihrer Kinder ausfüllen.

„Der bürokratische Aufwand, der hier zusätzlich betrieben wird, ist immens. Vollgeschriebenes Papier wird abgeheftet. Es ist, als ob die Schul- und Kita-Leitungen gegenwärtig nichts anderes zu tun hätten, dabei wird gerade in Schule und Kita mit nahezu wöchentlich neuen Corona-Vorschriften seit Monaten Unglaubliches geleistet. Auch sind letztlich bei dieser inkonsequenten und unbefriedigenden Entscheidung der Landesregierung keine Haftungsfragen der Träger gegenüber Dritten geklärt“, so Mathias Löttge. Es braucht dringend eine Nachbesserung für die Kitas und Schulen im Land seitens der Landesregierung, die für alle Beteiligten zu mehr Planungs- und Rechtsicherheit führt.